

EINE MAMMUTAUFGABE FÜR DEUTSCHLAND: MIGRANTEN MÜSSEN BESSER INTEGRIERT WERDEN

# „Eine Schicksalsfrage für unsere Nation“

Integrationspolitik braucht einen langen Atem. Davon ist Maria Böhmer überzeugt, die Staatsministerin und Bundesbeauftragte für Integration. Für die CDU-Politikerin ist das „eine Schicksalsfrage für unsere Nation“. Anlässlich der 60-Jahr-Feier der Frauen Union, deren Vorsitzende sie ist, war Maria Böhmer gestern in Bremen und Bremerhaven zu Besuch. Norbert Holst und Joerg-Helge Wagner haben im Pressehaus mit ihr gesprochen.

**Vergangene Woche hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks Alarm geschlagen. Es fehlen bis zu 10000 Lehrlinge. Doch 15 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund brechen die Schule ab. Verschleudern wir nicht ein großes Potenzial?**

**Maria Böhmer:** Bei meinem Amtsantritt vor mehr als vier Jahren habe ich mir genau die Bildungs- und Ausbildungssituation von jungen Migranten und Migrantinnen in Deutschland angeschaut. Ich fand es alarmierend, was ich vorgefunden habe. Es hat mir gezeigt, dass Integrationspolitik in der Vergangenheit nicht wirklich geschehen ist. Mit diesen Versäumnissen haben wir heute zu kämpfen. Vor allem eine Zahl treibt mich um: Dass 40 Prozent der jungen Menschen aus Zuwandererfamilien über keine berufliche Qualifizierung verfügen. An diesem Punkt müssen wir ansetzen.

**Wie sieht das konkret aus?**

Im Nationalen Integrationsplan haben wir den Schwerpunkt auf den Erwerb der deutschen Sprache gelegt, auf bessere Bildungsmöglichkeiten und auf eine qualifizierte Ausbildung. Das sind die entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft. Wir haben erreicht, dass in allen Kindergärten das Thema Sprachförderung ganz oben auf der Tagesordnung steht. Wir wollen für künftige Generationen von Migranten eine bessere Ausgangssituation schaffen. Schulen mit einem hohen Anteil an Zuwanderern müssen so ausgestattet sein, dass eine gezielte Förderung dieser Kinder gewährleistet ist. Schule als Ort der Integration bedeutet mehr Geld, mehr Lehrkräfte, mehr Sozialarbeiter in den Schulen, und auch mehr Zeit – also Ganztagschulen.

**Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben Sie denn in ihrer Position? Nirgendwo ist die Bundesrepublik ja so zersplittert wie ausgerechnet im Bildungsbereich.**

In der Tat. Deshalb ist der Nationale Integrationsplan gemeinsam gestaltet worden von Bund, Ländern, kommunaler Ebene und auch den großen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Migrantennetzwerken. Die Länder sind Selbstverpflichtungen eingegangen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2012 die Zahl der ausländischen Schulabbrecher deutlich zu senken – möglichst auf das Niveau der gleichaltrigen Deutschen. Erste Erfolge sind gemacht – am Ziel sind wir aber noch lange nicht. Wir haben immer noch mehr als doppelt so viele Schulabbrecher bei den ausländischen Jugendlichen als bei den deutschen.

**Es gibt Leuchttürme in der Förderung von jungen Zuwanderern. In der Fläche scheint aber vieles im Argen zu liegen.**

Wir haben insgesamt eine zurückgehende Schülerzahl. Was dadurch an Geldmittel



Maria Böhmer will die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen beschleunigen und verbessern. Foto: Frank Thomas Koch

frei wird, darf nicht eingespart werden. Diese Mittel müssen für die Schulen bleiben, um der veränderten Situation Rechnung zu tragen. Wir brauchen aber auch in den Kindergärten und in den Schulen mehr Erzieherinnen und Lehrer, die selbst Zuwanderungserfahrung haben oder aus einer zugewanderten Familie stammen. Das wären ideale Brückenbauer.

**Hier stellt sich die Politik doch selber ein Bein. Ausländische Zahnärzte müssen zum Beispiel als Kellner arbeiten, weil ihr Berufsabschluss nicht anerkannt wird. Bei Erzieherinnen gibt es ähnliche Fälle.**

Wir haben im Dezember im neuen Bundeskabinett ein Eckpunkte-Programm verabschiedet. Es soll noch in diesem Jahr ein Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen geben. Das ist ein großer Fortschritt. Derzeit haben wir es noch mit einem richtigen Dschungel von Anerkennungsstellen und Maßnahmen zu tun. Oft wird ein Migrant von einer Stelle zur anderen geschickt. Künftig soll solch ein Anerkennungsverfahren innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen werden. Darauf soll es einen Rechtsanspruch geben. Diesen Rechtsanspruch haben bislang nur Aussiedler und EU-Bürger.

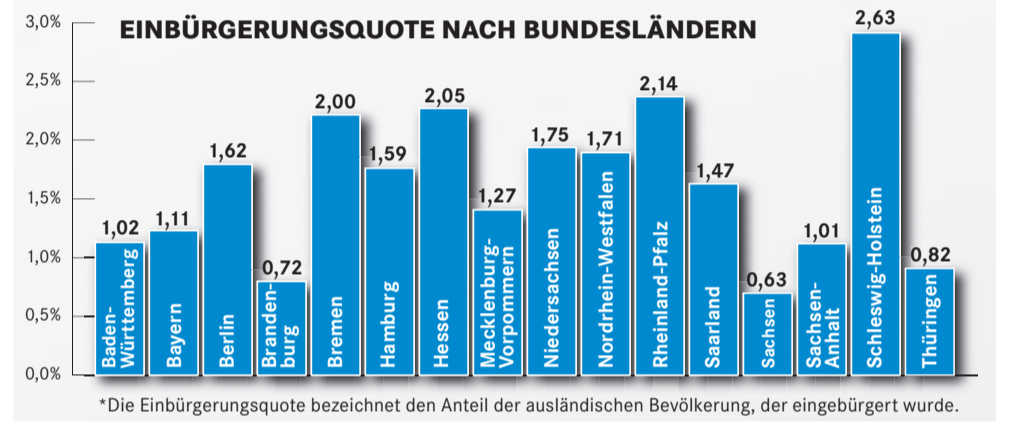
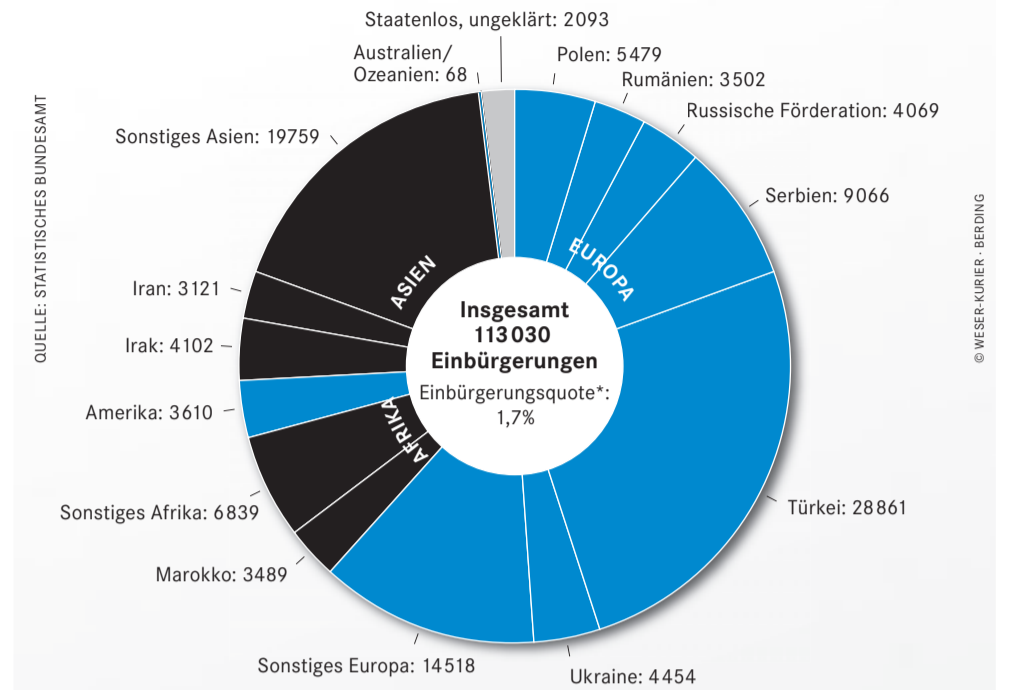
**Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Abschluss besitzen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als gleichwertig qualifizierte Deutsche. Das besagt eine Studie der OECD vom vergangenen Oktober.**

Wenn ein Bewerber keine Chance bekommt, weil er zum Beispiel einen ausländischen Namen trägt, dann ist das ein Fall von Diskriminierung, dem entsprechend nachzugehen ist. Wir müssen im Bereich der Wirtschaft ein Bewusstsein schaffen, dass Vielfalt für ein Unternehmen auch eine Chance ist.

**Nun ist aber Ihre Klientel höchst inhomogen. Viele Deutsche denken bei Einwanderung zuerst an Muslime. Niemand spricht über asiatische Zuwanderer.**

Eine der größten Zuwanderergruppen sind nun einmal Menschen, die aus der Türkei zu uns gekommen sind. Insgesamt haben fast 20 Prozent unserer Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Wir haben in Deutschland knapp vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Sich dieser Situation zu stellen, ist eine Aufgabe für alle Menschen – das betrifft nicht nur die Bundesregierung. Das gilt zum Beispiel auch für den Fußballverein: Wie geht man

**EINBÜRGERUNG 2007**



\*Die Einbürgerungsquote bezeichnet den Anteil der ausländischen Bevölkerung, der eingebürgert wurde.

bei einem Fest mit Sportkameraden um, die andere Ernährungsgewohnheiten haben? Die Kampagne des Deutschen Fußball-Bundes „Integration fängt bei mir an“ halte ich für einen ganz wichtigen Schritt in diese Richtung. Wir müssen diese Herausforderung auch ganz konkret im Lebensalltag annehmen. Jeder kann seinen Beitrag leisten.

**Wird es durch Satelliten-TV und Internet nicht immer schwieriger, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern? Es gibt ja Quartiere wie Neukölln in Berlin oder hier in Gröpingen, wo von der Mehrheitsgesellschaft gar kein Integrationsdruck mehr ausgeht?**

Ein sehr erfolgreicher türkischstämmiger Unternehmer hat einmal zu seinen Landsleuten gesagt: Man kann nicht am Morgen in Deutschland arbeiten gehen und am Abend wieder in die Türkei heimkehren.

**Aber es gibt doch eine zweipolige Entwicklung. Gerade bei jugendlichen Migranten sehen wir: Manche unterscheiden sich kaum von jungen Deutschen, andere igeln sich mit ihren Landsleuten regelrecht ein.**

Das ist zum Teil leider Realität. Deshalb ist

es so wichtig, mit der Integration ganz früh zu beginnen, schon im Kindergarten. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, die Eltern mit einzubeziehen. Wir müssen die Mütter und Väter ins Boot holen, sonst wird Integration nicht gelingen. Denn ihre Aufgabe ist es, ihre Kinder zu motivieren. Deshalb ist auch das Angebot von Integrationskursen so wichtig. Hier können die Migranten die deutsche Sprache erlernen – die Voraussetzung für Integration. Das Thema ist eine Schicksalsfrage für unsere Nation. Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Und wir wollen doch auch nicht, dass es in Deutschland Menschen gibt, die chancenlos sind.

**Wie wichtig sind erfolgreiche Migranten wie Fatih Akin oder Mesut Özil?**

Solche Vorbilder zeigen jungen Menschen aus Zuwandererfamilien: Du kannst es schaffen. Es lohnt sich, sich anzustrengen. Deutschland ist ein Land voller Chancen. Ich war begeistert, als ich hörte, dass Mesut Özil sich für die deutsche Nationalmannschaft entschieden hat. Er gibt damit wirklich ein großes Beispiel. Ich würde mir wünschen, dass viele so wie er sagen: Das ist mein Land, dafür kämpfe ich und dafür schieße ich meine Tore.

## Abschied von Multikulti

Stefan Luft hat ein neues Buch zu Staat und Migration geschrieben

VON NORBERT HOLST

**Bremen.** Dieses Buch überzeugt vor allem dadurch, woran es der Ausländerpolitik in Deutschland immer gemangelt hat: einen erschreckend unideologischen Blick auf das Problemfeld Zuwanderung und Integration. Stefan Luft gibt mit seinem neuen Buch „Staat und Migration – Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration“ ein Beispiel dafür, wie man sich dem Thema umfassend nähern kann, ohne in Schwärmerei oder Ausgrenzung zu verfallen.

Der Privatdozent an der Bremer Universität skizziert die ersten Wellen der Gastarbeiter-Zuwanderung im Gefolge des Wirtschaftswunders und stellt schonungslos fest: „Eine eigenständige deutsche 'Ausländerpolitik' oder 'Zuwanderungspolitik' hat es zumindest bis zum Anwerbestopp 1973 nicht gegeben.“ Die Folgen dieser kurz-sichtigen Politik beleuchtet Luft in den folgenden Kapiteln seiner Habilitation: Die Festsetzung in bestimmten Großstadt-Quartieren, die Bildungskatastrophe bei Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln, bis hin zur Diskussion um die Herausbildung von Parallelgesellschaften. Als das belegt der Autor mit viel, grafisch aufbereitetem Zahlenmaterial.

Keine Gnade kennt Luft, wenn es um die teils naive Schwärmerei für die Multikulti-Gesellschaft in den 80er und 90er Jahren geht. Fundiert belegt er das, was er in einem Interview prägnant zusammengefasst hat: „Es reicht eben nicht, die Stadt als Ga-



Forscht in Bremen: Stefan Luft. FOTO: MUELLER

rentisch zu nutzen: Am Vormittag beim türkischen Gemüsehändler einkaufen, sich mittags mit der polnischen Putzfrau unterhalten und abends zum Italiener Essen gehen. Dann kann ich den Multikulturalismus hochleben lassen. Wenn es aber ans Eingemachte geht, wenn etwa das eigene Kind in eine Schule mit hohem Migrantanteil gehen soll, dann wird gesagt: Damit will ich nichts zu tun haben.“

Kurzum: Integration geht uns alle an. Immer wieder blickt der frühere Senatssprecher auch ins Ausland, beschreibt beispielsweise, warum ausgerechnet in der britischen Stadt Bradford, wo Migranten zahlreiche Sonderrechte zugesprochen bekamen, es immer wieder brodelte. Lufts Bilanz: „Die schlechte politische Bilanz des Multikulturalismus liegt nicht in einer falschen oder unzureichenden Umsetzung der damit verbundenen politischen Vorstellungen, sondern im Konzept selbst.“

Der Autor plädiert vielmehr für einen „integrationspolitischen Realismus“, der die Zuwanderer ihre kulturellen und religiösen Wurzeln leben lässt – von ihnen aber auch fordert, die Traditionen und Werte des Aufnahmelandes anzuerkennen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Von zentraler Bedeutung dafür ist der Erwerb der deutschen Sprache.

Stefan Luft hat ein nachdenkliches Buch vorgelegt, das auch für den Nicht-Wissenschaftler hochinteressante Einblicke in das Thema bietet. Allein schade: Auf ein Stichwortverzeichnis für die 420 Seiten wurde verzichtet.

## Sprache und Bildung sind Schlüsselemente

Experte: Unternehmen werden sich eine Diskriminierung Zugewanderter nicht mehr leisten können

VON REINHARD WIRTZ

**Bremen.** Rund eine Million ausländische Arbeitnehmer waren in den vergangenen Jahren in Deutschland jeweils ohne Arbeit. 70 Prozent dieser ausländischen Arbeitslosen sind Ungelernte. Wohl nirgendwo wird der direkte Zusammenhang zwischen Bildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt drastischer deutlich als in den Problemen bildungsferner Zuwanderer mitten in unserer Gesellschaft, wie Stefan Luft, Privatdozent an der Universität Bremen, beim Mittelstandstreff in der Handelskammer Bremen aufzeigte.

Eine bessere Integration der Zuwanderer stellt sich nicht nur aus ethischer und sozialer, sondern auch aus ökonomischer Sicht als eine Herausforderung dar, die angesichts der aktuellen und absehbaren Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten immer schwieriger werden dürfte. „Unternehmen werden sich eine Diskriminierung zugewandelter Arbeitskräfte immer weniger leisten können“, sagt Luft. Diejenigen, die bereits hier leben, müssten „Eintrittskarten in unsere Gesellschaft erhalten“.

Die Ausgangssituation für entsprechende Integrationsstrategien haben sich im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik nachhaltig geändert, was in der politischen Diskussion häufig vergessen wird. Zwischen 1955 und 1965 schloss die Bundesrepublik Deutschland diverse Anwerbeabkommen, etwa mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) sowie mit Jugoslawien (1968). Die Beweggründe für diese Politik waren rein wirtschaftlicher Natur, unterstreicht Luft: Die entsendenden Länder übten Druck aus, weil sie ein dringendes In-

teresse an den Devisen aus zurücküberwiesenen Geldern hatten. Für die damalige Bundesregierung bot die Zuwanderung ein ganzes Bündel von Vorteilen: Die „Gastarbeiter“ drückten die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit, sie bewirkten einen Aufschub für Lohnerhöhungen, Rationalisierungsinvestitionen und teuren ökonomischen Strukturwandel. Zugleich konnte mit den Zugewanderten die sinkende Erwerbsquote der Deutschen kompensiert werden.

Stefan Luft erinnert daran, dass alle Beteiligten zunächst davon ausgingen, dass die Zuwanderer nach einigen Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. In den Herkunftsländern erwartete man die Rückkehr gut geschulter Arbeitskräfte, die Betroffenen selbst sahen oft ihre Arbeit in Deutschland nur als vorübergehend an. Als sich in den Jahren 1966/1967 die erste größere Konjunkturkrise in Deutschland breitmachte, kehrten tatsächlich viele zurück in ihre Heimatländer. Die Zahl der türkischen und jugoslawischen Zuwanderer nahm allerdings weiter zu, der Anteil der Erwerbspersonen an den Zuwanderern nahm jedoch ab.

**Zuwanderung ist rückläufig**

In den 70er, 80er und 90er Jahren findet ein grundlegender ökonomischer Wandel in der Bundesrepublik statt, der die Situation der Migranten entscheidend verändert. „Die Deindustrialisierung und eine an Geschwindigkeit gewinnende Rationalisierung führen zu struktureller Arbeitslosigkeit“, beschreibt Luft die Trendwende. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft habe die weggefallenen Arbeitsplätze im industriellen Sektor nicht kompensieren können. Die neuen Arbeitsplätze „erfor-

dern Qualifikationen, über die die Zuwanderer häufig nicht verfügen.“

Die Beschäftigungsverluste dieses Strukturwandels trafen (und treffen) Zuwanderer stärker als Einheimische. „Der Anteil der dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen nimmt zu“, sagt Stefan Luft, es gebe „eine Erosion der Normalarbeitsverhältnisse“, die Nachfrage nach Akademikern steige. Wer diesen Anforderungen mangels Qualifikation und Sprachkenntnissen nicht gewachsen sei, falle immer häufiger aus dem Arbeitsmarkt heraus. „Migranten sind doppelt so hoch von Hilfebedürftigkeit betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund.“

Trotz rückläufiger Zuwanderung werden die Probleme sich noch verschärfen, ist sich Luft sicher. Weder ein Niedriglohnsektor noch ein realistisch anzunehmendes Wirtschaftswachstum könnten die Probleme dieser oft gering Qualifizierten auf dem Arbeitsmarkt allein lösen. Geburtenstarke Jahrgänge drängten auf den Arbeitsmarkt, „aufgrund der günstigen Altersstruktur werden mehr Ausländer aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt eintreten wollen als aus Altersgründen ausscheiden“.

Zu dem Ziel, bereits hier lebende Zuwanderer in gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, gibt es keine Alternative, sagt Luft. Das Beherrschen der deutschen Sprache und eine gute Ausbildung sieht er als Schlüsselemente, ohne die keine Fortschritte möglich sind. Wo Institutionen nicht genug ausrichten können, sei auch mal private Hilfe zur Selbsthilfe gefragt, wie sie in Bürgerstiftungen bereits praktiziert werde. Stadtteilen, in denen sich die Probleme mit Zugewanderten häufen, müsse besonders geholfen werden, in einer Art „innerstädtischem Lastenausgleich“.